

Caritas



© Getty Images/Skynesher

Versteckte Armut? Ein Blick hinter die Haushaltsfassade.

Eine Zusammenfassung einer Studie zur Frauenarmut in Österreich. Durchgeführt von Katrin Gasior (saspri) im Auftrag der Caritas Österreich.

Wer in Österreich in einem Haushalt mit einem Gesamteinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle lebt, gilt üblicherweise als finanziell abgesichert – auch dann, wenn kaum oder gar kein eigenes Einkommen vorhanden ist. Aber ist das tatsächlich so?

Die Studie „Versteckte Armut? Das Armutsrisiko von nicht-alleinlebenden Frauen in Österreich“ von Katrin Gasior im Auftrag der Caritas hat dieses Thema genauer untersucht. Das Ergebnis:

Das Armutsrisiko von Frauen in Österreich wird stark unterschätzt, vor allem wenn sie mit anderen Personen zusammenleben. Die ökonomische Schiefelage zwischen Frauen und Männern in gemeinsamen Haushalten ist enorm.

Nimmt man Haushaltsgemeinschaften in Österreich genauer unter die Lupe, zeigt sich, dass das Armutsrisiko von Frauen (32 %) rund dreimal höher ist als jenes der Männer mit (11 %). Das bedeutet: In Krisensituationen, etwa bei einer Trennung, einem Jobverlust oder einer Erkrankung, droht ein Drittel dieser Frauen in gemeinsamen Haushalten von einem auf den anderen Tag unter die Armutsgefährdungsschwelle abzurutschen.

Die ökonomischen Schief lagen prägen Machtverhältnisse und bestimmen häufig, wer im gemeinsamen Haushalt Entscheidungen trifft und Ressourcen verwaltet. In der Realität führt das häufig zu einer finanziellen Abhängigkeit von Frauen. Das kann es für sie auch schwerer machen, sich aus einer gewaltvollen Beziehung zu befreien.

Jede 3. nicht-alleinlebende Frau in Österreich ist ohne das Einkommen anderer Personen im Haushalt armutsgefährdet.



Teilzeit erhöht das Armutsrisiko von Frauen

Arbeitszeit	Armutsrisiko
< 20 WoStd. (marginale Teilzeit)	64%
20-34 WoStd. (substanzielle Teilzeit)	23%
> 35 WoStd.	9%

Armut ist weiblich, weil unbezahlte Arbeit weiblich ist.

Dass Frauen in gemeinsamen Haushalten ein dreimal höheres Armutsrisiko haben als Männer ist kein Zufall, sondern hat System. Ein zentraler Grund dafür ist die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Frauen übernehmen in Österreich nach wie vor den Großteil der Sorgearbeit – von der Kinderbetreuung bis zur Pflege Angehöriger. Sie können dementsprechend in geringerem Ausmaß bezahlter Erwerbsarbeit nachgehen.

Über die Hälfte von Frauen in gemeinsamen Haushalten arbeiten weniger als 35 Stunden. Bei den Männern sind es hingegen nur 7%. Während Frauen damit in punkto Existenzsicherung klar im Nachteil sind, zeigt die Studie ebenfalls: Bei einem ähnlichen Ausmaß der Erwerbsarbeit reduziert sich auch die Schieflage zwischen den Geschlechtern deutlich: So sind bei einer Wochenarbeitszeit von 20 bis 34 Stunden 19% der Männer und 23% der Frauen armutsgefährdet.

Mit einer Familiengründung erhöht sich das Armutsrisiko von Frauen deutlich und mit jedem Kind stärker. Bei Männern ist das Gegenteil der Fall.

Auch die Gründung einer Familie kann für Frauen rasch zur Armutsfalle werden: Je mehr Kinder in einem Haushalt leben, desto stärker klappt das Armutsrisiko von Frauen und Männern auseinander. In Haushalten mit drei oder mehr Kindern ist das Armutsrisiko von Frauen (65 %) bereits mehr als fünfmal so hoch wie jenes der Männer (12 %).

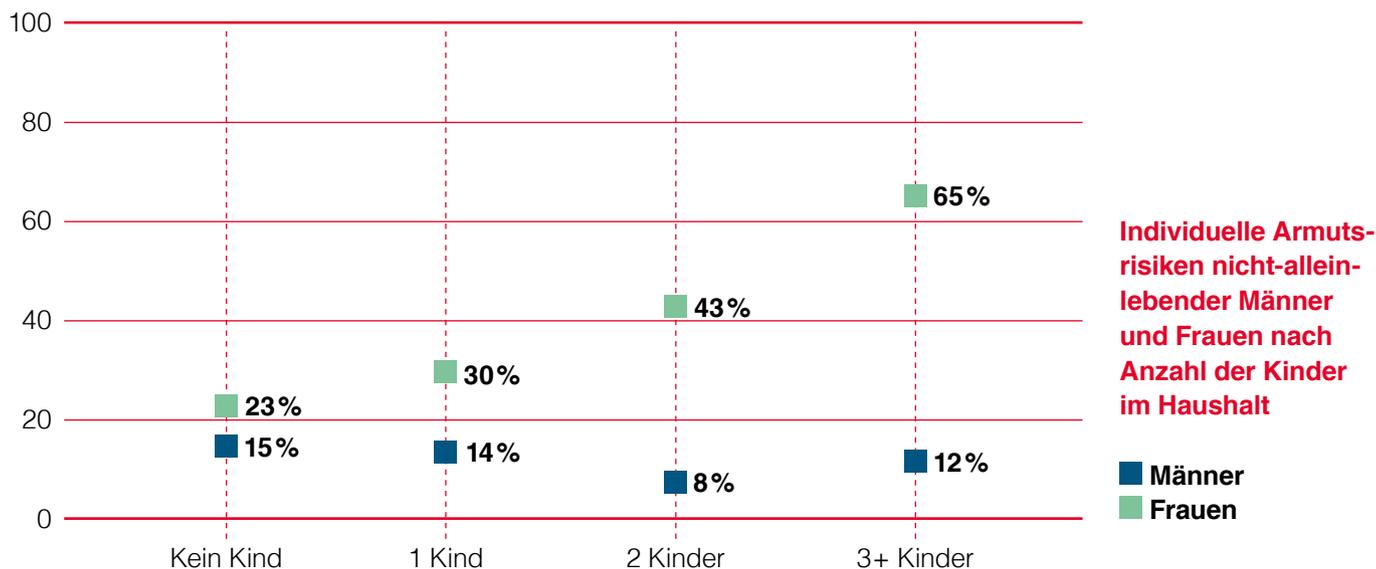
Dieses Ungleichgewicht ist vor allem auf verfestigte Geschlechterrollen zurückzuführen.

Dass Frauen den Großteil der Care-Arbeit übernehmen, wirkt sich nachhaltig zu ihrem ökonomischen Nachteil aus.

Männer profitieren hingegen von einer Familiengründung, wie auch andere Studien ergeben haben. Sie werden am Arbeitsmarkt systematisch belohnt, ihnen wird mehr zuge-
traut und das individuelle Armutsgefährdungs-
risiko sinkt.

Sozial- und Steuerleistungen schreiben Schiefen fort, statt sie auszugleichen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen schließlich auch: Der Sozialstaat wirkt zwar, aber er wirkt nicht für alle gleich. Aktuell reduzieren Sozial- und Steuerleistungen das Armutsrisiko von Männern in Haushaltsgemeinschaften um 24 %. Bei Frauen liegt dieser Wert nur bei 21 %.



Viele Sozialleistungen orientieren sich am Erwerbseinkommen. Dadurch schreiben sich Effekte der traditionellen Rollenverteilung und daraus resultierende Einkommensunterschiede fort.

Bezeichnend ist auch: Bei Frauen in geringer Teilzeitarbeit reduziert das österreichische Steuer- und Sozialsystem das Armutsrisiko nur um 6%. Eine weit höhere Bedeutung für die Armutsfestigkeit von nicht-alleinlebenden Frauen haben hingegen Familienleistungen: Insbesondere bei Müttern von Kleinkindern zeigen sich mit einer Reduktion des Armutsrisikos um 15% deutliche Effekte.

Das individuelle Armutsrisiko von Frauen sank in den letzten zehn Jahren nur schleppend – und das vorwiegend durch eigene Anstrengungen, nicht durch Sozial- und Steuerreformen.

Insgesamt ist das individuelle Armutsrisiko von Frauen in gemeinsamen Haushalten zwischen 2014 und 2024 um vier Prozentpunkte gesunken. Das liegt allerdings nicht am Sozial- und Steuersystem, wie die Studie zeigt – im Gegenteil: Politische Reformen der vergangenen zehn Jahre haben insgesamt sogar zu einer leichten Verschlechterung für nicht-alleinlebende Frauen geführt. Die Verbesserungen sind vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Armutsrisiken für Pensionistinnen aktuell geringer sind als noch vor zehn Jahren. Das wiederum hängt mit Langzeiteffekten am Arbeitsmarkt zusammen: Frauen sind heutzutage besser gebildet, außerdem arbeiten sie durchgängiger und häufiger.

Methodische Anmerkungen

Die Studie basiert auf einer Auswertung von EU-SILC Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen österreichischer Haushalte. Im Fokus stehen Frauen ab 18, die mit mindestens einer anderen erwachsenen Person zusammenleben (nicht-alleinlebend). Mit dem Modell EUROMOD wurden individuell verfügbare Nettoeinkommen berechnet, indem Einkommen und Steuerleistungen einzelnen Individuen im Haushalt zugeordnet wurden. Die Zuordnung von individuellem Einkommen und Steuerleistungen erfolgte jeweils zur beziehenden Person, andere Einkommensquellen wurden zwischen anspruchsberechtigten aufgeteilt. Die Einkommen wurden anschließend äquivalisiert. Schließlich wurde das Armutsrisiko anhand der Standarddefinition (äquivalisiertes Nettoeinkommen unterhalb von 60% des Medianeinkommens in Österreich) berechnet. Um Veränderungen beim individuellen Armutsrisiko über die vergangenen 10 Jahre feststellen zu können wurden Werte für 2014, 2019 und 2024 berechnet. Die Ergebnisse zu den Effekten von Steuer- und Sozialreformen auf Veränderungen beim Armutsrisiko beruhen auf einer Dekomposition.

In Zeiten wachsender fiskalischer Sparzwänge ist es besonders wichtig, geplante Maßnahmen nicht nur auf ihre allgemeine Verteilungswirkung, sondern vor allem auch auf ihre geschlechtsspezifischen Effekte zu prüfen.

Denn die Ergebnisse der aktuellen Studie von Katrin Gasior (saspri) im Auftrag der Caritas zeigen deutlich:

Politische Reformen der letzten zehn Jahre haben das Armutsrisiko von nicht-alleinlebenden Frauen eher erhöht als verringert. Die moderaten Verbesserungen sind überwiegend auf andere Faktoren – etwa die veränderte Armutslage älterer Frauen – zurückzuführen.

Die individuelle Perspektive auf Armut macht sichtbar, dass auch Frauen in Paarhaushalten durch strukturelle Schief lagen in Arbeitszeit, Sorgearbeit und Einkommensverteilung benachteiligt werden. Ihr Armutsrisiko wird in Österreich stark unterschätzt.



Versteckte Armut?

Ein Blick hinter die Haushaltsfassade.

Die gesamte Studie von Katrin Gasior (saspri) im Auftrag der Caritas Österreich vom Oktober 2025 finden Sie hier:

➔ www.caritas.at/armut-fakten

